

A stylized map of Bulgaria composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to indicate specific locations or regions.

Bulgarien im Wahljahr 2011

Ausgangslage und Perspektiven

Marc Meinardus
Januar 2011

- 2010 war das erste volle Jahr der konservativen Regierung unter Führung von Ministerpräsident Boiko Borissov. Popularität ist für ihn Imperativ, entsprechend erratisch sind seine Entscheidungen. Die Politik entwickelt sich mehr und mehr zu einer politischen Seifenoper mit »Boiko« als Regisseur und Hauptdarsteller.
- Die Wirtschaftskrise ist noch nicht überwunden. Politikentwürfe, wie man ihr begegnen kann, gibt es nicht wirklich. Die dringend notwendigen strukturellen Reformen in der sozialen Sicherung, im Gesundheits- und im Bildungswesen stecken im Stau. Der Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität wird zwar medienwirksam inszeniert, aber ohne dass es zu Verurteilungen kommt.
- Zur Regierungspartei GERB (Bewegung für ein europäisches Bulgarien) gibt es derzeit keine parteipolitischen Alternativen. Die BSP (Bulgarische Sozialistische Partei) ringt mit sich selbst. Eine große Unbekannte ist das neue politische Projekt von Staatspräsident Georgi Parvanov.
- Auch wenn die Popularität des Ministerpräsidenten und seiner Regierung weiterhin hoch ist, erste Anzeichen sinkender Zustimmung und zunehmender Unzufriedenheit sind in der Bevölkerung spürbar. Im Oktober stehen Präsidentschafts- und Kommunalwahlen an. Boiko Borissov wird alles daran setzen, diese zu gewinnen. Es könnte spannend werden!

Im Juli 2009 gewann mit knapp 40 Prozent der Stimmen die »Bewegung für ein europäisches Bulgarien« (GERB) überzeugend die Parlamentswahlen. Ihr Gründer und Führer, Boiko Borissov, wurde Ministerpräsident. Am Anfang der Legislaturperiode wurde seine Minderheitsregierung, der im Parlament nur fünf Stimmen zur absoluten Mehrheit fehlen, noch von allen anderen rechten Parteien unterstützt. Inzwischen ist die Partei »Recht, Gerechtigkeit und Ordnung« (RZS) offen gegen ihn, die »Blaue Koalition«, bestehend aus der »Union der Demokratischen Kräfte« (SDS) und den »Demokraten für ein starkes Bulgarien« (DSB) sowie einigen konservativen Kleinstparteien, zunehmend kritisch. Borissov kann sich aber fest auf die Unterstützung der nationalistischen Partei »Ataka« verlassen. Seine parlamentarische Handlungsfähigkeit ist derzeit nicht gefährdet.

Der »rote Faden«, der sich durch die ersten 1 ½ Jahre seiner Regierung zieht, ist die Orientierungslosigkeit, das erratische Widerrufen und Ändern von Entscheidungen, sobald diese auf Widerstand seitens der verschiedenen Interessengruppen und der öffentlichen Meinung treffen. Oder wie es Professor Georgi Karasimeonov auf einer von der FES veranstalteten Diskussion ausdrückte: »Zurzeit fehlt es an einer klar umrissenen Politik, alles ist politisches Stückwerk.« Nach seiner Analyse sind die Schwächen der Regierung »die Improvisation, die Unvorhersehbarkeit vieler Entscheidungen und die schwache Wechselwirkung zwischen den Hauptinstitutionen des regierenden Teams«. Zahlreich sind die Beispiele für Kehrtwendungen und direkte Eingriffe in Entscheidungen durch Borissov. Sei es bei der Alkoholsteuer, wo er seine eigene Parlamentsfraktion im letzten Moment zurückpiff, die Ankündigung bzw. dann Rücknahme einer Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Schließung unrentabler Krankenhäuser, die Borissov nach Protesten der Ärzte stoppte, das mehrfache Hin und Her bei der Rentenreform. Exemplarisch sind auch die Kursänderungen in der Energiepolitik: Erst wird ein Moratorium für regenerative Energieprojekte angekündigt, dann widerrufen; der Bau des Atomkraftwerks Belene wie auch die Beteiligung an der Gas-Pipeline »South Stream« werden erst kategorisch abgelehnt, dann »grundsätzlich überprüft«. Nach einem Besuch von Ministerpräsident Putin in Sofia werden beide nun als erfolgreiche Projekte der Regierung Borissov vorangetrieben.

Boiko Borissov wird von manchen Kommentatoren als ein »sanfter Populist« charakterisiert, der dem Volk aufs Maul schaut und deshalb die Konfrontation scheut. Aber eigentlich ist er kein Populist, sondern eher »popularitätsorientiert«, er macht alles, um seine Zustimmungswerte in den Umfragen hoch zu halten. Und er spielt die Klaviatur der »Telekratie« ähnlich genial wie Silvio Berlusconi, oder vielleicht passt besser der Vergleich mit Hugo Chavez. Er kommuniziert direkt über die Medien, von denen er sich jedwede Kritik verbietet und die er zunehmend kontrolliert, gibt sich im Fernsehen hemdsärmelig und erklärt: »Wenn ihr Probleme habt, ruft mich einfach an.« Geschickt versteht er es, den Eindruck zu erwecken, als ob er quasi über seinem eigenen Kabinett schwebt und nur dessen Fehler korrigiert, wenn es gegen das Wohl des Volkes geht. Finanzminister Simeon Diankov, ein neoliberaler ehemaliger Weltbankökonom, kündigt erst einschneidende Maßnahmen an, die Borissov dann je nach Druck der öffentlichen Meinung »verbessert«. So bleibt sein Rating in den Umfragen hoch, Minister Diankov dagegen gehört zu den unbeliebtesten Ministern seiner Regierung.

Die Talsohle der Krise scheint erreicht

Nach den heftigen Einbrüchen 2009 bei Wirtschaftswachstum (-5 Prozent), Haushaltsdefizit (-4,7 Prozent) und Beschäftigung (7,6 Prozent Arbeitslosigkeit), scheint 2010 die Talsohle erreicht, und für 2011 werden erstmals wieder positive Trends erwartet.

2010 war die bulgarische Wirtschaft zunächst weiter auf Talfahrt, das Wirtschaftswachstum war im ersten Halbjahr noch negativ (-2,5 Prozent), der Privatkonsum brach mit weiteren acht Prozent ein, die Auslandsinvestitionen gingen noch einmal um 59 Millionen zurück, das Budgetdefizit lag bei 2,2 Prozent, die Inflation lag bei 2,7 Prozent. Gegen Jahresende sieht die Entwicklung inzwischen etwas hoffnungsfroher aus. Das BIP stieg im dritten Quartal um 0,2 Prozent im Jahresvergleich, die Investitionen zogen in den letzten drei Monaten wieder an, auf knapp ein Milliarde. Das sind 2,5 Prozent des BIP, 2008 waren es noch 2,2 Milliarden oder sechs Prozent des BIP. Vor allem die Exporte erholten sich und nahmen um 48 Prozent auf 2,8 Milliarden Lewa zu. Im Jahresschnitt wird zwar noch kein großes Wachstum erwartet, aber immerhin keine weitere Kontraktion. Die Weltbank prognostiziert 0-0,2 Prozent, der IMF 0-0,4

Prozent, die Regierung ist optimistischer und rechnet mit einem Prozent Wachstum. Allerdings wird der Anteil der sogenannten »Schattenwirtschaft« am BIP noch immer auf 35–42 Prozent geschätzt! Die Inflation soll zum Jahresende auf 4,5 Prozent hochgehen, das Budgetdefizit bei 3,9 Prozent, nach EU-Kriterien, liegen.

In Bulgarien verlor in der Krise, zwischen September 2008 und September 2010, jeder achte Beschäftigte seinen Arbeitsplatz, das sind 250 000 Menschen – nach den offiziellen Angaben. Nicht mitgerechnet sind die vielen Beschäftigten, die nach dem bulgarischen »informellen« System zwar nicht entlassen, jedoch in unbezahlten Zwangsurlaub geschickt wurden. Die Unternehmer versuchen auf diese Weise ihre qualifizierten Arbeitskräfte zu halten, ohne sie offiziell zu entlassen. Aber der Trend scheint gestoppt, die offizielle Arbeitslosenquote sank von 10,3 Prozent im Februar auf 8,9 Prozent im Oktober.

Für 2011 malt die Regierung ein optimistischeres Bild: Das Budgetdefizit soll 2011 auf 2,5 Prozent gesenkt werden, bei einem erwarteten Wachstum von 3,6 Prozent. Die Steuereinnahmen sollen um 1,3 Milliarden auf 25,8 Milliarden steigen, in erster Linie durch eine bessere Steuereintreibung. Denn 48 Prozent der Bulgaren verschweigen laut einer Umfrage ihr wahres Einkommen! Die Ausgaben sollen dagegen insgesamt um 12 Millionen auf 27,9 Milliarden sinken.

Die meisten Analysten halten die Annahmen der Regierung allerdings für zu optimistisch. Diese Annahmen kalkulieren mit einem Einkommensstopp im öffentlichen Sektor, einer Erhöhung der Sozialabgaben und einer Inflation von vier Prozent. Damit würde das Einkommen der Bulgaren, ihre Kaufkraft real sinken, die Bevölkerung weiter verarmen, die soziale Exklusion voranschreiten.

Seit dem Regierungsantritt steht das Krisenmanagement im Vordergrund der Politik. Die dominierende Figur im Kabinett ist hier der stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister, Simeon Diankov. Seine oberste Priorität ist es, möglichst schnell wieder einen ausgeglichenen Staatshaushalt bzw. die Kriterien für die Aufnahme in die Eurozone zu erreichen. Dafür werden alle wichtigen Strukturreformen, die anfänglich auch Kosten generieren würden, auf Sparflamme gestellt. Um die Löcher im Haushalt zu stopfen, werden wo möglich Fonds aus unabhängigen Agenturen

(Beispiel: der nationale Gesundheitsfonds) dem Budget zugeordnet bzw. es werden die letzten Staatsbetriebe privatisiert. Als neoliberaler Ökonom amerikanischer Prägung ist für ihn Industrie- oder Strukturpolitik ideologisch unakzeptabel. Die Konsequenzen seiner Politik sind gerade im sozialen Bereich spürbar.

Soziale Reformen stecken im Stau

Der bulgarische Minister für Arbeit und Sozialpolitik, Totyu Mladenov, ein ehemaliger Arbeitsinspektor und aktiver Gewerkschafter, berief für die Formulierung der Rentenreform einen tripartiten Konsultativrat ein, dessen Arbeit die FES seit Januar 2010 unterstützt. Nach monatelangen zähen Verhandlungen, einem Protest mit 10 000 Demonstranten und turbulenten Sitzungen im Kabinett, bei denen Ministerpräsident Borissov mehrfach Streit zwischen den Ministern Mladenov und Diankov schlichten musste, einigte sich die bulgarische Regierung mit Gewerkschaften und Arbeitgebern auf die Eckdaten einer Reform des Rentensystems.

Die Einigung sieht vor, von 2012 an schrittweise die Beitragsjahre zu erhöhen, die für einen Rentenanspruch notwendig sind. Die notwendige Beitragszeit wird bis 2021 bei Frauen auf 37 und bei Männern auf 40 Jahre steigen. Ab Januar 2021 wird dann schrittweise auch das Renteneintrittsalter für Frauen auf 63 Jahre und für Männer auf 65 Jahre erhöht. Die Vereinbarung enthält noch eine Vielzahl weiterer Details für spezifische Berufsgruppen und Berechnungsgrundlagen.

Die bulgarische Regierung rechnet mit einer Stabilisierung des Rentensystems bis 2035. Sie setzt auf eine Konsolidierung und Stabilisierung der Einnahmen der Staatsversicherung, vor allem durch die Erhöhung der Versicherungsbeiträge (eine volle Kehrtwende weg von ihren Wahlversprechungen!), sowie auf effektivere Maßnahmen für den Einzug von Pflichtversicherungsbeiträgen. Es wird erwartet, dass der Rentenfonds bis 2015 sein derzeitiges Defizit abgebaut hat und ab dann Überschüsse generiert.

Im Gesundheitswesen sieht es nicht so optimistisch aus. Das völlig kostenlose, aber für die Menschen effektive Gesundheitssystem aus der kommunistischen Ära konnte nach der Wende nicht weiter aufrechterhalten werden. Mit dem Gesetz zur Einführung einer nationa-

len Krankenversicherung im Jahre 2000 hat die bulgarische Regierung den nationalen Gesundheitsversicherungsfonds eingeführt. Die Krankenversicherung, die anteilig von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und aus dem Staatsbudget finanziert wird, deckt aber längst nicht alle medizinischen Leistungen. Tief greifende strukturelle Reformen im Gesundheitswesen sind längst überfällig. Bulgarien hat die höchste Pro-Kopf-Dichte an Krankenhäusern in der EU – nur sind die staatlichen Krankenhäuser in katastrophalem Zustand, können oft keine effektive Versorgung gewährleisten. Für eine Reform fehlt noch ein schlüssiges Konzept.

Die Lage im Gesundheitssystem ist wohl derzeit die schwierigste Baustelle für die Regierung. Nach Bojidar Nanew und Ana-Maria Borissova soll nun der dritte Gesundheitsminister in 15 Monaten, Stefan Konstantinov, den Karren aus dem Dreck ziehen. Er will einen Plan für die Optimierung des Gesundheitswesens in Bulgarien bis zum Jahr 2015 erstellen.

Die Bildungsreform, eine für die Zukunft Bulgariens als »innovative Wissensgesellschaft« ganz entscheidende Strukturreform, verzögert sich weiter. Ein Jahr brauchte die Regierung, um den Gesetzentwurf ihrer Vorgängerin gemäß ihrer Vorstellung umzuarbeiten. Mit dem neuen Gesetz soll die Grundschule nicht mit der achten, sondern mit der siebenten Klasse enden. Außerdem sollen zwei Stufen der Mittelschule eingeführt werden. Die erste Stufe, bis zur zehnten Klasse, soll obligatorisch sein, die nächste, bis zur zwölften Klasse mit Abitur, soll nur für diejenigen sein, die studieren möchten. Eine Aktualisierung der Curricula wurde noch nicht in Angriff genommen. Weiterhin gehören die Lehrer an den staatlichen Schulen zu den schlechtbezahltesten Angestellten im öffentlichen Dienst. Die staatlichen Universitäten sind unterfinanziert, einige von ihnen haben hohe Schulden. Nach massiven Protesten von Studenten sah sich die Regierung genötigt, zusätzliche Mittel zu versprechen. Das Problem der qualitativen Reform der Bildung wird damit nicht gelöst.

Die Verzögerungen der Reformen im Bildungsbereich bergen ein hohes Potenzial an sozialem Sprengstoff. Die massiven Lehrerstreiks von 2006 sind noch nicht vergessen, die Studenten haben ein großes Mobilisierungspotenzial. Für 2011 wurden bereits Proteste angekündigt.

Korruption und Kriminalität – Medienspektakel ohne Konsequenzen

Die Korruption und der mangelnde Kampf gegen die organisierte Kriminalität sind der Grund dafür, dass Bulgarien und Rumänien als einzige EU-Mitglieder seit ihrem Beitritt von der EU-Kommission im Kontext des »Kooperations- und Verifikations-Mechanismus« auf dem Gebiet der Justiz und der inneren Ordnung beobachtet werden. Transparency International hat in ihrem aktuellen Korruptionsbericht Bulgarien im Ranking von 189 Staaten vom 71. auf den 73. Rang heruntergestuft, nur Griechenland liegt auf Rang 79 dahinter und ist europäisches Schlusslicht.

Es ist kein Zufall, dass GERB die Parlamentswahlen 2009 gerade mit Versprechen zur Beseitigung der Korruption und für den Kampf gegen die organisierte Kriminalität so überzeugend gewonnen hat. Die neue Regierung hat im Unterschied zu allen vorherigen Wahlsiegern tatsächlich mehrere Minister der früheren Regierung – u.a. Arbeitsministerin Emilia Maslarova (BSP, Bulgarische Sozialistische Partei), Verteidigungsminister Nikolai Tzonev (NDSV, Nationale Vereinigung für Stabilität und Prosperität) und Landwirtschaftsminister Valeri Tzvetanov (DPS, Bewegung für Rechte und Freiheit) – wegen angeblicher Veruntreuung von öffentlichen Geldern und Korruption durch die Staatsanwaltschaft anklagen lassen. Inzwischen wurde es aber wieder still um diese Anklagen wegen Korruption. Der ehemalige Verteidigungsminister wurde inzwischen in einem der vier gegen ihn laufenden Verfahren freigesprochen, die restlichen Verfahren sind immer noch in der Schwebe.

Auch Exministerpräsident Sergej Stanishev gehörte zu denjenigen »führenden Politikern« der abgewählten Dreier-Koalition, die mit großem Medienrummel vor die Staatsanwaltschaft zitiert wurden. Stanishev wird vorgeworfen, einige als geheim klassifizierte Dokumente, die er im Amt als Ministerpräsident erhalten hatte, nicht ordnungsgemäß den Sicherheitsbehörden zurückgegeben zu haben. Ihm droht dafür als Ordnungsstrafe ein Bußgeld von bis zu 2 500 Euro. Eine Anklage wegen Korruption konnte gegen ihn nicht erhoben werden.

Ebenso läuft eine Untersuchung gegen den Vorsitzenden der DPS, Ahmed Dogan. Er hatte von einer privaten Firma ein Beraterhonorar in Millionenhöhe für

»hydro-geologische Untersuchungen« im Rahmen eines großen Wasserdamm-Projekts erhalten. Er hat Philosophie studiert.

Borissov hat aber, das muss man ihm zugestehen, auch keine Probleme hochrangige Mitarbeiter seiner eigenen Administration zu entlassen, wenn Verdacht auf Korruption oder unlauteres Verhalten besteht. So hat er aus diesem Grund seinen ersten Gesundheitsminister geschasst, ebenso wie u.a. den Leiter der Bauaufsichtsbehörde und den Chef des Zollamtes in Svilengrad.

Auf rund 150 wird die Zahl der öffentlichen Auftragsmorde in Bulgarien seit Anfang der 90er-Jahre geschätzt. Die Regierung von Boiko Borissov hat die Verbrechensbekämpfung zur obersten Priorität erklärt. Seit Mitte Dezember 2009 führt Innenminister Tzvetan Tzvetanov in kurzer Folge Polizeioperationen gegen angebliche Entführer, Steuerhinterzieher, Zigarettenschmuggler u. a. durch und gibt ihnen klingende Code-Namen wie »Naglite« (die Frechen), »Fakirite« (die Fakire), »Peperudite« (die Schmetterlinge), »Oktopod« (Oktopus) oder »Killerite« (die Killer). Die Verhaftungsaktionen werden seitens des Innenministeriums von deren Kamerateams (sic!) medienwirksam in Szene gesetzt. Nur ist der größte Teil der Festgenommenen von den Gerichten aus Mangel an Beweisen längst wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Einzig der Fall der Verurteilung von Mario Nikolov im SAPARD-Betrugsfall dürfte zumindest bei der EU-Kommission auf Wohlwollen stoßen. Nikolov wurde zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt. Dies wurde auch in dem im Juli publizierten Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission gewürdigt.

Bisher kam der medienwirksame Aktionismus des Innenministers in der Bevölkerung gut an, was sich auch an seinen hohen Zustimmungswerten ablesen lässt. Negativ ist allerdings die Resonanz in der Öffentlichkeit, wenn Verhaftungen von führenden Köpfen der organisierten Kriminalität mit Freilassungen enden. Die öffentliche Meinung könnte schnell kippen, je mehr klar wird: Es tut sich nichts, kein korrupter Politiker wird verurteilt, keine Mafiabosse werden hinter Gitter gebracht.

Innenminister Tzvetanov brandmarkt immer wieder das Gerichtssystem als den wahren Schuldigen dafür, dass bisher noch nichts in der Bekämpfung der Kriminalität erfolgreich abgeschlossen sei. Am heftigsten manifestierte sich dieser Streit im Fall der Aktion »Killerite«, bei

der vier der fünf Festgenommenen wieder freigelassen wurden. Borissov tobte, dies sei eine Provokation gegen Staat und Regierung, die Richterin Christina Michova belehrte ihn daraufhin: »die Justiz ist ein Teil des Staates«. Die Richter müssen sich an geltendes Recht und Verfahrensregeln halten. Und diese sind häufig so gestaltet, dass sie ein effektives Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden vereiteln. Gerade die Reform des Justizwesens wird aber immer wieder von Parteigängern von GERB im Parlament und in der Politik abgebremst. Justizministerin Margarita Popova machte weitgehende Reformvorschläge der Strafprozessordnung. Durch die starke Lobby der Anwaltschaft auf die GERB-Fraktion wurden diese im Parlament wieder substantiell verwässert.

Exkurs: von Oktopoden, Geheimagenten und alten Freunden

Rückblende 1983: In einer Sporthalle trainieren der 24-jährige Feuerwehrmann Boiko Borissov und sein etwas jüngerer, ebenfalls im Dienste des Innenministeriums stehender Kumpel Aleksei Petrov Karate. Sie können nicht ahnen, dass sie 15 Jahre später, in kapitalistischer Zeit, Geschäftspartner in der gemeinsamen Firma »Budoinvest« sein werden und zusammen den nationalen Karateverband führen. Völlig außerhalb des Vorstellungshorizonts liegt es, dass 27 Jahre später der Ministerpräsident Borissov den – unter anderem – Aufsichtsrat des nationalen Versicherungsinstituts, Alexei Petrov, im Rahmen der Operation »Oktopus« als Kopf einer kriminellen Vereinigung verhaften lassen wird.

In der Welt der geheimnisvollen Gestalten aus Politik, Wirtschaft und Unterwelt ist Aleksei Petrov sicher eine der schillerndsten. Anfang der 90er verlässt er, wie auch Boiko Borissov, den Staatsdienst, macht mit Slatomir Ivanov, genannt »Baretata«, das Versicherungsunternehmen »Apollo & Bolkan« auf, aus dem mit »Lev.Ins« die derzeit drittgrößte Versicherung des Landes geworden ist. »Baretata« gehört heute zu den bekanntesten Figuren der Unterwelt, seit 2009 sitzt er wegen des Vorwurfs des Kokainhandels in Untersuchungshaft. Aleksei Petrov wird 1999 und 2002 zweimal angeschossen und verschwindet danach für einige Jahre aus dem Blickfeld. Er gerät schlagartig wieder ins Rampenlicht, als bekannt wird, dass er dem sozialistischen Innenminister Rumen Petkov im Dezember 2006 ein Treffen mit den als kriminell geltenden »Gebrüdern Galevi« arrangiert hat. Als

Petkov deswegen den Hut als Minister nehmen muss, »enttarnt« er Petrov als »Geheimagent« der inzwischen von »NSS« zu »DANS« gewandelten Sicherheitsbehörde. Petrov wird daraufhin zum offiziellen Berater des Chefs von DANS, Petko Sertov. Mit Amtsantritt von Boiko Borissov muss er seinen Beraterposten räumen und kündigt bereits im September 2009 seine politischen Ambitionen an. Knappe zwei Monate später übergibt er einen angeblich geheimen DANS-Bericht, der Korruptionsvorwürfe gegen eine Reihe von Mitgliedern der früheren Regierung Stanishev enthält, an Borissov und wird dafür von diesem als »loyaler Bürger« gelobt.

Im Rahmen der Operation »Oktopus« wird Petrov in der Nacht vom 8.2.2010 dann jedoch unter großem Medienspektakel verhaftet, man sieht ihn gefesselt auf dem Boden liegen, er wird in Handschellen abgeführt. Die Entlassung des angeblichen Kopfes des »Oktopus« nach achtmonatiger Untersuchungshaft aus Mangel an ausreichenden Indizien entwickelt sich zu einer politischen Seifenoper und zu einem Debakel für Innenminister Tzvetanov.

Petrov steht jetzt unter Hausarrest. Über das Boulevardblatt »Galeria« (das ihm angeblich gehört) und seinen politischen Freund Jane Janev von der RZS lanciert Petrov ein Trommelfeuer an Beschuldigungen gegen Tzvetanov. Dieser habe zum Aufbau von GERB von ihm Sponsorengelder entgegengenommen (die aber irgendwie wohl nicht abgerechnet worden seien), sei als stellvertretender Bürgermeister Sofias 2006 (Borissov war Bürgermeister) am mysteriösen Verschwinden einer Bankbürgschaft über eine Million Euro beteiligt gewesen und habe 2008 mit Geldern ungeklärter Herkunft zwei Wohnungen zu unrealistisch niedrigen Preisen erworben.

Tzvetanov, der Mann mit dem höchsten politischen Rating im Lande, gerät damit unter starken Druck. Er erklärt, dass er einen Kredit zum Kauf der Wohnungen und über eine Bank bezahlt habe. Daraufhin zeigt Janev eine Kopie des Kaufvertrags, in dem steht, dass der Preis in bar bezahlt wurde. Es stellt sich außerdem heraus, dass die Firma, von der die Wohnungen gekauft wurden, einem engen Bekannten von Tzvetanov gehört und dass diese Firma in seiner Zeit als stellvertretendem Bürgermeister 18 öffentliche Aufträge in Sofia gewonnen hatte. Auch die Erklärung, er habe die Wohnungen mit aus Beraterhonoraren für ausländische Investoren verdienten Geldern und Ersparnissen erworben, klingt nicht recht glaubwürdig.

Tzvetanov wehrt sich mit einem Gegenangriff auf den Präsidenten, dem er vorwirft, früher Petrov gefördert zu haben. Auch unterstellt er dem ehemaligen Generalstaatsanwalt Nikola Filchev, höchstpersönlich die Ermordung von einem Staatsanwalt (2002) und einer Anwältin (2000) angeordnet zu haben, die dann von Gefolgsleuten von Petrov ausgeführt worden seien. Dem widersprachen wiederum die Angehörigen eines der Opfer und warfen wiederum dem Vizeministerpräsidenten vor, mit diesen Aussagen gezielt die Verfahren zu usurpieren.

Filchev war stellvertretender Justizminister in der Regierung von Ivan Kostov, dem heutigen Vorsitzenden der DSB, bevor er 2000 Generalstaatsanwalt wurde. Noch im selben Jahr soll er Alexei Petrov zum verdeckten Ermittler des Sonderdienstes im Innenministerium ernannt haben. Filchev bestreitet das, da Sicherheitsagenten vom Innenministerium auf Vorschlag der Sicherheitsagentur NSS eingestellt wurden, die Staatsanwaltschaft damit nichts zu tun gehabt hätte.

In seinem ehemaligen Sportsfreund und Geschäftspartner Alexei Petrov erwächst Regierungschef Boiko Borissov ein erbitterter Gegner. Aus dem Hausarrest heraus lässt Petrov zunächst verlauten, mit einem »konservativen Projekt« in die bulgarische Politik einsteigen zu wollen, er kündigt seinen Beitritt zur RZS an und will inzwischen für die Präsidentschaftswahlen kandidieren.

GERB dominiert die politische Rechte

GERB, als alleinige Regierungspartei mit einer fast absoluten Mehrheit im Parlament, dominiert heute das gesamte rechte Parteienspektrum. Die nationalistische Ataka hat sich voll hinter die Regierung gestellt, garantiert der Minderheitsregierung von Boiko Borissov die Regierungsfähigkeit. Außer sporadischen Ausfällen gegen Minderheiten (Roma, Türken, Muslime) und Kampagnen gegen den EU-Beitritt der Türkei präsentiert Ataka keine eigenen politischen Konzepte. Laut Umfragen würde sie derzeit die Eingangshürde für das Parlament verfehlen.

Die nach eigener Definition »konservative« RZS verlor bald nach ihrem Einzug ins Parlament 2009 durch interne Streitigkeiten Abgeordnete und damit ihren Fraktionsstatus. Ihr schillernder Vorsitzender, Jane Janev, machte

Boiko Borissov für die »Abwerbung« verantwortlich, in der Tat stimmen die jetzt »unabhängigen« Abgeordneten mit GERB. RZS ist inzwischen selbst erklärte Opposition, hätte aber nach heutigem Stand keine Chance mehr für eine Rückkehr ins Parlament.

Die Blaue Koalition versucht den Balanceakt, keine direkte Opposition zu ihrer EVP-Schwesterpartei zu sein, aber gleichzeitig kritisch eigene Positionen zu vertreten. In letzter Zeit geht sie spürbarer auf Distanz zur Regierung, hat sich z. B. bei der Parlamentsabstimmung zum Budget 2011 der Stimme enthalten. Das Verhältnis der beiden wichtigsten Parteien der Koalition, der SDS und der DSB, bleibt weiterhin kompliziert. Es wurde aber vereinbart, gemeinsam Kandidaten sowohl für die Präsidentschafts- als auch für die Kommunalwahlen aufzustellen. Auch die Blaue Koalition würde die Eingangshürde für das Parlament bei Wahlen momentan nicht schaffen.

GERB ist und bleibt im rechten politischen Spektrum derzeit ohne ernst zu nehmende Alternative. Auch die Europäische Volkspartei setzt weiterhin ganz auf GERB, obwohl insgesamt fünf bulgarische Parteien Mitglied der EVP sind.

Die BSP ringt mit sich selbst

Nachdem die BSP, als führende Kraft der Drei-Parteien-Regierung von Ministerpräsident Sergej Stanishev, die Parlamentswahlen am 5.7.2009 gegen GERB verloren hatte (18 Prozent gegen 40 Prozent), erhoben sich viele Stimmen in der Partei, die den Rücktritt des Vorsitzenden forderten. Die Gegner von Stanishev sahen in ihm den Hauptschuldigen für das schlechte Image der Partei als »korrupte, postkommunistische Oligarchen-Partei«. Er sah jedoch keine Veranlassung, die Verantwortung für die Wahlniederlage zu übernehmen.

Durch geschickte Manipulation der Tagesordnungen konnte Stanishev bisher alle Angriffe seiner internen Gegner abwehren, ließ sich im Oktober letzten Jahres mit knapp 60 Prozent der abgegebenen Stimmen vom Parteitag in seinem Amt bestätigen. Auf der diesjährigen Sitzung wurde die Führungsfrage nicht mehr gestellt. Ein Antrag auf Einberufung eines neuen Parteitages wurde unter Verweis auf die bevorstehenden Wahlen 2011, die durch etwaige Machtkämpfe nur negativ beeinträchtigt würden, abgeschmettert.

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Lage im Land und trotz der Schwächen der Regierung wird die BSP in Umfragen weiterhin nicht als eine Alternative zu GERB betrachtet. Noch bis September 2010, mehr als ein Jahr nach den Wahlen, lag die BSP mit etwa zehn Prozent aller Befragten weit hinter GERB mit 32 Prozent zurück.

Aber nicht nur die BSP, auch die Sozialdemokratie und die Linke als Ganzes sind derzeit in einer existenziellen Krise. Die »Partei Bulgarische Sozialdemokraten« (PBS), zweites SI- und PES-Mitglied neben der BSP, ist eine Kleinstpartei, genauso wie die »Bewegung für Sozialen Humanismus« (DSH). Beide sind Mitglieder der »Koalition für Bulgarien«, ihre Vorsitzenden sitzen aus diesem Grund im Parlament. Weder getrennt noch zusammen, auch nicht im Verbund mit den anderen sozialdemokratischen Parteien außerhalb der Koalition für Bulgarien, wären sie in der Lage, aus eigener Kraft, d. h. ohne ein Wahlbündnis mit der BSP, ins Parlament zu kommen. Gleiches gilt für die Vielzahl von Splitterparteien ganz außen am linken Rand des politischen Spektrums, verschiedene kommunistische Parteien inklusive. Hier liegt kein Potenzial für zukunftssträchtige Alternativen.

Das neue politische Projekt von Staatspräsident Georgi Parvanov

Die faktische Nichtexistenz einer parlamentarischen Opposition gab dem Staatspräsidenten, Georgi Parvanov, Vorgänger von Sergej Stanishev als Vorsitzender der BSP, den Spielraum, sich in der öffentlichen Wahrnehmung als Bewahrer der Interessen der Bevölkerung und als die eigentliche Opposition zu verorten. Seine oft scharfe Kritik brachte ihm bis jetzt zwei Versuche für Amtsenthebungsverfahren ein.

Am Rande der Schlusskonferenz der von ihm angestoßenen Debatte über eine alternative Vision für »Bulgarien 2020« kündigte Parvanov am 4.11. die Gründung einer Bürgerbewegung »Alternative für Bulgarische Wiedergeburt« (ABV, im kyrillischen Alphabet die ersten drei Buchstaben, also gleich unserem ABC) für den 11.11. an.

Bereits Wochen zuvor gab es zahlreiche Meldungen in den Medien über dieses Projekt. Ministerpräsident Borissov kommentierte sarkastisch, das sei nicht das ABC, sondern mehr das XYZ der Politik. Die Spekulation über

mögliche Namen wichtiger politischer Persönlichkeiten, die sich angeblich an dieser neuen Initiative beteiligen wollten, führte dann auch prompt zu ersten Distanzierungen und Absagen, so von der Ex-EU-Kommissarin Meglena Kuneva, der Exabgeordneten Maria Kapon u.a. Auch der BSP-Vorsitzende Stanishev warnte davor, dass kein Mitglied der BSP frei zirkulieren könne, je nachdem wie sich die Dinge entwickeln, jeder müsse seine Wahl treffen. Die BSP will aber nicht konfrontativ reagieren. Es soll abgewartet, erst einmal die Diskussion gehört und eine mögliche Partnerschaft ausgelotet werden.

Im Gegensatz zu den Erwartungen fand am 11.11. dann jedoch nicht die Gründungsversammlung, sondern eine Konferenz statt, deklariert als ein Bürgerforum »Bulgarien am nächsten Tag«. Eingeladen hat eine Initiativgruppe von elf Personen mit dem Bürgermeister von Blagoevgrad, Kostadin Paskalev, an der Spitze. Parvanov selbst war formal gesehen nur einer der Eingeladenen. Anwesend waren viele Bürgermeister (über 70), Wissenschaftler, Intellektuelle, mehrere Abgeordnete von der »Koalition für Bulgarien«, Politiker, bekannte Sportler. Bei der Eröffnung erklärte Paskalev, dass das Ziel nicht die Gründung einer Partei, sondern einer Bürgerbewegung zur Generierung von alternativen Politiken sei. Mehrere Teilnehmer, darunter der frühere Außenminister und jetzige MdEP, Ivailo Kalfin, kritisierten die Politik der Regierung. In seiner langen Rede beklagte Präsident Parvanov u.a. den Mangel an Kompetenz in der Regierung. Es gebe keine Regierung in den letzten Jahren, die ihre eigenen Positionen so oft gewechselt habe. Parvanov setzte sich für eine Wiedergeburt von Werten und sogar der richtigen bulgarischen Sprache ein und betonte, dass die Konfrontation durch einen breiten Dialog und Konsens ersetzt werden solle, dies sei das Ziel von ABV. Ein weiteres »Bürgerforum« zum Thema Wahlrechtsreform versammelte am 14.12. wiederum überwiegend altbekannte Gesichter aus dem linken Spektrum. Diesmal waren über zehn Abgeordnete der BSP sowie einige Vertreter der DPS aktiv an der Debatte beteiligt.

Wahlrechtsreform zugunsten der Machthaber

Mitte November 2010 wurde mit den Stimmen von GERB und Ataka in erster Lesung ein Gesetzesentwurf zur Reform des Wahlrechts verabschiedet, der letztendlich Änderungen zugunsten der Regierungspartei und auch

von Ataka festschreiben würde. Im Entwurf entfällt die direkte Wahl von Abgeordneten im Parlament (2009 wurden erstmals 31 Abgeordnete direkt gewählt). Stattdessen wird eine Hürde von 20 Prozent für Verschiebungen in den Parteilisten vorgesehen, die durch ein Ankreuzen individueller Wunschkandidaten ermöglicht wird. Für die Kommunalwahlen sollen die Wähler mindestens zwölf Monate zuvor im Ort gewohnt haben. Die nationalistische Ataka, aber nicht nur sie, sieht die Ausschaltung des »Wahltourismus« als besonders erfreulich. Bisher erlaubte das Wahlrecht der ethnisch orientierten DPS, türkischstämmige, aber mit bulgarischen Dokumenten ausgestattete Anhänger massenweise mit Bussen aus der Türkei zu den Wahlen nach Bulgarien zu schaffen und somit hohe Wahlergebnisse zu erzielen.

Ebenfalls populär sind die Maßnahmen, die sich gegen die Praxis des Stimmenkaufs richten sollen. So wurde die Strafe dafür auf 10 000 Lewa erhöht. Auch wurde die Wahlwerbung noch am Wahltag verboten, ebenso wie die Veröffentlichung von Exit Polls während laufender Wahl. Koalitionen wird es erschwert, die Bedingungen für die Registrierung zu erfüllen, die Zahl der notwendigen Unterschriften und die Kosten der Registrierung einer Koalition wurden erhöht.

Die Bevölkerung unterstützt laut Umfragen die Reform der Regierung. Die parlamentarische Opposition bezweifelt dagegen, dass mit der Reform wirklich Wahlmanipulationen vermieden bzw. faire und freie Wahlen garantiert werden können. Die Blaue Koalition verlangt für die Kommunalwahlen eine Anmeldegebühr und Unterschriftensammlung wie bei den anderen Wahlen sowie mehr Maßnahmen gegen den Kauf von Stimmen. Die BSP ist gegen die zweigängige Registrierung von Parteien und Koalitionen, da damit GERB als einzelne Partei nur 15 000 Unterschriften bräuchte, die BSP für die Koalition für Bulgarien aber über 100 000. Der Blauen Koalition geht es nicht anders.

In seiner letzten Sitzung vor Weihnachten stimmte das Parlament die zweite Lesung des Gesetzes ab. Einziges Zugeständnis war eine Reduzierung der Hürde für Verschiebungen in den Listen auf neun Prozent. Präsident Parvanov legte prompt sein Veto ein, jetzt muss das Gesetz im Parlament neu diskutiert werden. Die Mehrheit von GERB und Ataka kann das Veto aber überstimmen.

Die Wähler sind politikmüde und unentschlossen

Nach 1 ½ Jahren GERB-Regierung scheint die Bevölkerung politikmüde. Die Menschen wollen keine Neuwahlen, keine neue Regierung, glauben, dass diese ihre volle Regierungszeit vollenden wird (71 Prozent). Die kurze Aufbruchsstimmung nach den Wahlen 2009 scheint dahin, die pessimistische Grundeinstellung der Bulgaren ist wieder überwiegend, nur noch 18 Prozent sehen optimistisch in die Zukunft, auch weil man langsam merkt, dass die Wirtschaftskrise und ihre Folgen doch noch nicht so schnell überwunden sein werden. Trotzdem hat die Regierung von GERB ihre Zustimmung hochhalten können, je nach Umfrage lag die Zustimmung Mitte des Jahres noch immer zwischen 30 und 40 Prozent, die Zustimmung zu Boiko Borissov selbst lag sogar noch höher, bei 53 Prozent, nur die von Innenminister Tzvetanov lag damals (Umfrage vom August) höher, bei 56 Prozent. Staatspräsident Parvanov hat das Vertrauen von 36 Prozent der Bevölkerung, der BSP-Vorsitzende Sergej Stanishev von 13 Prozent.

Unklar ist, was bei Parlamentswahlen heute herauskäme. Lediglich 47 Prozent der im August Befragten sagten, sie wüssten, wen sie morgen wählen würden. Insgesamt lag GERB mit 32 Prozent vorne, die BSP kam zu diesem Zeitpunkt auf circa zehn Prozent. Weder RZS, noch die Blaue Koalition noch Ataka würden es über die Vier-Prozent-Hürde schaffen, nur DPS hält ihre sieben Prozent Stammwähler.

Der Skandal um Aleksei Petrov und die Angriffe auf Innenminister Tzvetanov Anfang Oktober wirkten sich auf die Meinung aus. Bei einer Umfrage von GALLUP zwischen dem 28.10. und dem 4.11. stürzte Tzvetanov um 14 Prozent von seiner ersten Position in der Beliebtheitsskala auf die dritte ab, die er nun bei 41 Prozent mit Präsident Parvanov teilt. Aber auch Ministerpräsident Borissov und GERB leiden unter diesen Skandalen. Borissov bleibt Zweiter, verliert aber leicht. An erster Stelle führt nun erstmals EU-Kommissarin Kristalina Georgieva mit 56 Prozent. Nach GALLUP bleibt GERB zwar in der Zustimmung weiter ganz oben unter den Parteien mit 31,4 Prozent, verliert aber vier Prozent. Dagegen profitiert die BSP mit einem Sprung von 13,8 Prozent auf 17,8 Prozent. Andere Umfragen wie die vom staatlichen »Nationalen Zentrum für die Erforschung der öffentlichen Meinung« beim Parlament sehen GERB noch bei

36 Prozent, aber auch hier steigt die BSP auf 16 Prozent, und das bei knapp 30 Prozent Nichtwählern.

Es gibt noch keine Alternative in der Politik bzw. in den Parteien, da müsste schon jemand neu von außen kommen. Aus Umfragen, ob die neue Initiative von Präsident Parvanov für sie wählbar wäre, ergibt sich, dass für 25 Prozent der Befragten die Initiative zumindest interessant wäre.

Prognosen für das Wahljahr 2011

Im Herbst 2011, vermutlich im Oktober, sollen am selben Tag die Kommunal- und die Präsidentschaftswahlen stattfinden. Ob die wirtschaftliche Entwicklung bis dahin so positiv läuft, wie die Regierung es sich wünscht, bleibt abzuwarten. Viele erwarten, dass sich vor allem die soziale Situation 2011 weiter verschlechtert. Die Zahl der Menschen, die ihre persönlichen Kredite nicht mehr bedienen können, steigt an. Die Prognosen sehen einen kalten und langen Winter vorher, die Bevölkerung wird Schwierigkeiten haben, die Energiekosten zu tragen. Wenn man dazu die angekündigten Proteste von Polizisten, Ärzten, Wissenschaftlern, Lehrern, Studenten u.a. in Betracht zieht, zeichnet sich ab, dass die Regierung unter wachsenden Druck geraten könnte – auch vorgezogene Parlamentswahlen werden nicht mehr ausgeschlossen.

Diskutiert werden verschiedene Szenarien: so ist denkbar, dass die Regierung bereits bis März zurücktritt, um von den für GERB noch guten Wahlchancen in Parlament und Kommunen zu profitieren. Andererseits werden auch gleichzeitige Kommunal-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Oktober für möglich gehalten. Schließlich gibt es Spekulationen darüber, dass GERB bis Oktober politischen Druck und öffentliche Mittel einsetzen könnte, um die Wähler zu beeinflussen. Beobachter vermuten, dass man auf kommunaler Ebene bereits entsprechende Anstrengungen unternimmt, und dass dabei nicht nur demokratisch und juristisch einwandfreie Mittel angewandt werden.

Viele Beobachter vertreten die Meinung, dass Borissov selbst der Präsidentschaftskandidat von GERB sein wird. Er würde nur dann nicht kandidieren, wenn er sieht, dass er keine Chancen hat. Nach den Skandalen um Tzvetanov wird dieser kaum ein möglicher Kandi-

dat mehr sein. Eine Alternative wäre eventuell Kristalina Georgieva. Aber dies wird Borissov im letzten Moment entscheiden.

Wer der Präsidentschaftskandidat der BSP sein könnte, ist unklar. Ivailo Kalfin, der ehemalige Außenminister, wäre eine der Möglichkeiten, ebenso Stefan Danailov, ehemaliger Kulturminister und beliebter Schauspieler. Aber nichts ist sicher, denn es wird dem linken Kandidaten schwerfallen, die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen. Wer will sich dafür dann opfern?

Obwohl die Blaue Koalition mit einem eigenen Kandidaten bei der Präsidentschaftswahl antreten will, wird sie im zweiten Wahlgang sicher den Kandidaten von GERB unterstützen. Ob der Vorsitzende von Ataka, Volen Siderov, der bei den letzten Wahlen erst im Stechen gegen Georgi Parvanov unterlag, noch einmal selbst antreten wird, ist unklar. Derzeit wird eher angenommen, dass Ataka den Kandidaten von GERB bereits beim ersten Wahlgang unterstützen wird, also keinen eigenen Kandidaten stellt.

Auch bei den Kommunalwahlen werden die Blaue Koalition und Ataka zunächst allein auftreten. Doch nimmt man an, dass sich die rechten Parteien beim zweiten Wahlgang für die direkt zu wählenden Bürgermeister einigen werden.

Bei der BSP wird die Führungsfrage erst nach den Wahlen erneut gestellt. Die Partei muss in den kommenden Monaten alles tun, um ihr Image zu verbessern. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen werden entscheidend sein für die Zukunft der Partei und die von Sergej Stanišev. Wird das Land – erstmals seit der Wende – nicht mehr »rot«, sondern »blau« werden? Bisher hielt die BSP immer die große Mehrzahl der kleinen Städte und Dörfer in den ländlichen Regionen, nur die großen Städte sind traditionell eher »blau«. Umso spannender wird das Rennen um die Hauptstadt: Kann es Georgi Kadiev, dem BSP-Kandidaten für Sofia, erstmals gelingen, dass Sofia »rot« wird?

Eine große Unbekannte bleibt zunächst die neue Bewegung von Präsident Parvanov. Ziemlich sicher wird ein möglicher Schritt zu einer neuen Partei nicht vor den Wahlen erfolgen. Also bleibt die Frage, ob ABV selbst unabhängige Kandidaten aufstellen und unterstützen und ob es offene oder verdeckte Absprachen geben wird.

Entgegen früherer Vermutungen scheinen die Wahlen 2011 doch nicht so uninteressant zu werden. Und man sollte nicht vergessen, dass 2001 ein Kandidat Präsident wurde, dem keiner der Politauguren vorher irgendwelche Chancen eingeräumt hatte – Georgi Parvanov.



Über den Autor

Dr. Marc Meinardus ist Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bulgarien.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationaler Dialog | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-269-35-7739 | Fax: ++49-30-269-35-9250
www.fes.de/international/moe

Bestellungen/Kontakt hier:
info.moe@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.

ISBN 978-3-86872-619-0